



Nicht in dieser Kneipe: Einige Gaststätten in Halle erteilen Grünen-Politikern symbolische Hausverbot.

FOTO/MONTAGE: DPA/GESEL

Grüne müssen draußen bleiben

Wie Gütersloher Politiker und Gastronomen das „Lokalverbot“ in Halle diskutieren

VON HOLGER KOSBAB

■ Kreis Gütersloh. Auf ein Bierchen in die Kneipe, das schmeckt auch Lokalpolitikern. Mit dem falschen Parteibuch kann es in Halle derzeit jedoch beschwerlich sein. Dort haben sechs Gastronomen Grünen-Mitgliedern „Lokalverbot“ erteilt. Sie zeigen Grün die rote Karte, weil sie das totale Rauchverbot befürchten. Und dies werde vor allem von den Grünen vorangetrieben. In Gütersloh gibt es für dieses Vorgehen nur wenig Verständnis.

„Ich bin optimistisch, dass das in Gütersloh keine Schule macht“, sagt der Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Stadtrat, Marco Mantovanelli. „Ich halte gar nichts davon, ausgeschlossen zu werden, weil man politische Meinungen vertritt, die andere stören. Als Druckmittel passt das nicht in unsere aufgeklärte Gesellschaft.“ Ein verschärftes Rauchverbot unterstütze er „voll und ganz“. Er sähe auch nicht die Befürchtungen erfüllt, dass der Nichtraucher-schutz bereits in seiner jetzigen lückenhaften Variante zu Einbußen geführt habe. „Gerade Grüne gehen gerne mal einen trinken“, sagte Mantovanelli. Lokalverbot – das ist Wibke Brems, Sprecherin der Grünen im Kreis Gütersloh und Landtagsabgeordnete – zu heftig. Und es sei nicht sinnvoll, Grüne auszuschießen.

Ralf Schubert findet das Vorgehen seiner Branchen-Kollegen sehr gefährlich: „Als Gastronom sind Sie ja eigentlich parteilos. Ich würde keinem, der seinen Job macht, Hausverbot erteilen. Und es gibt immer Dinge,



„Ball flach halten“: Thomas Ostermann, SPD-Fraktionschef.



„Grüne gehen gern mal einen“: Marco Mantovanelli (Grüne).

die einem als Gastronom das Leben schwer machen“, sagt der Inhaber des Bankery am Kolbplatz und des Alex an der Strengerstraße, wo er in Kürze den bisher abgeteilten Raucherbereich abreißt. Geraucht werden kann hier demnächst auf einer überdachten Dachterrasse.

Dieter Otterpohl, Mitinhaber des Büsker Ecks, findet den Ausschluss der Grünen „nicht gerade schlau“. Wozu gebe es denn die Meinungsfreiheit. Dabei ist auch Otterpohl mit seiner Einnraumkneipe vom Rauchverbot betroffen. „Sobald Essen auf dem Tisch ist, darf keiner rauchen“, sagt er. Allerdings beobachtet er, dass Nichtraucher zunehmend aggressiver würden und selbst im Biergarten ohne

Qualm sein wollten. Hier erwarte er Toleranz für Raucher.

„Wenn eine Verordnung oder ein Gesetz kommt, dann muss man damit leben“, sagt Hans Westerfeld, Inhaber des Bremer Schlüssels. Bei einem Anteil an rauchenden Gästen von unter zehn Prozent, sei er aber auch kaum betroffen. „Wenn jemand rauchen möchte, geht er vor die Tür. Damit haben sich die Raucher bereits abgefunden“, sagt Westerfeld. Er jedenfalls habe aufgrund des Nichtraucherschutzes keine Einbußen.

Eckhard Fischer-Fürstenau hat in der Alten Heuwaage, die seit Jahren das Raucherclub-Schild ziert, fast nur rauchende Kunden. Ein Hausverbot für Rauchgegner sei aber übertrieb-

ben. „So würde ich es nicht machen.“ Werde der Nichtraucher-schutz per Gesetz verstärkt, mache er einfach gar nichts und lasse die Aschenbecher stehen. Doch Fischer-Fürstenau glaubt ohnehin nicht, dass die rot-grüne Koalition in Düsseldorf das Gesetz durchbringt. „Die Grünen werden die SPD-Stimmen nicht bekommen. Da macht das Ruhrgebiet nicht mit.“

„Ich denke, man sollte den Ball flach halten und versuchen, sich zu einigen“, sagt Thomas Ostermann, Chef der Gütersloher SPD-Ratsfraktion. „Gesetze sollten so gemacht sein, dass sie auch umsetzbar sind. Wenn etwas nur mit rabiaten Mitteln einzuhalten sei, müsse man es sich überlegen.“ Trotz eines notwendigen verstärkten Nichtraucherschutzes sei er durchaus dafür, abgetrennte Raucherräume weiterhin zu dulden.

Heiner Kollmeyer, Fraktionschef der CDU im Gütersloher Stadtrat, hätte vor dem Hausverbot das Gespräch mit den Grünen vor Ort gewünscht. „So eine ad-hoc-Aktion finde ich überzogen, was das Anliegen in Düsseldorf entschieden wird.“

Leute wie die Haller Grünen derart an den Pranger zu stellen, sei albern, sagt Wolfgang Büscher, Gütersloher FDP-Fraktionsvorsitzender und militanter Nichtraucher. „Es gibt gesetzliche Vorgaben, die man einhalten muss. Auch als liberaler Gast möchte ich in einer rauchfreien Zone sein.“ Das es ohne das Qualmen in Gaststätten gehe, zeige sich gerade jetzt, wo die Leute aus ihrem Sommerurlaub zurückkämen und etwa in Portugal oder Italien gesehen hätten, wie es woanders geht. „Da geht der Zug hin“, sagt Büscher.

Symbolischer Denkanstoß

■ Gerrit Ellguth ist Inhaber der Gaststätte „Haller Altstadt“. Er wisse, dass die Lokalpolitiker nicht für die Landespolitik verantwortlich zu machen seien. Das „Lokalverbot“ sieht er denn auch vielmehr als einen symbolischen Denkanstoß, der vor allem der NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens aus

den Reihen der Grünen gelten soll. Man habe ihr bereits geschrieben, doch bisher nichts von ihr gehört. So sehe das aus mit dem Dialog, sagte Ellguth. Ganz bierernst sei die Aktion auch nicht zu nehmen. Stehe ein Grünen-Politiker vor der Tür, würde er ihn auch hineinlassen – und mit ihm diskutieren. (hko)